



Presseschau vom 07.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: „Geschichte eines Verrats“: Dokumente zum Fall Wlassow kommen ans Licht

Der Verrat des Generalleutnants Andrej Wlassow wurde wegen seines Ausmaßes und seiner Folgen zu einer Art Phänomen des Zweiten Weltkrieges. Er war nicht einfach selbst ein Verräter, sondern führte eine ganze „Armee von Verrätern“ an. ...

<https://sptnkne.ws/E9a6>

Natalia Pawlowa: Verlernte Lektionen von Nürnberg: Wer profitiert vom Umschreiben der Geschichte

Der Bericht "Verlernte Lektionen von Nürnberg" wurde in Moskau vorgestellt. Die Autoren analysieren moderne Praktiken der Manifestation des Neonazismus in verschiedenen Ländern sowie die Gründe für die "Vergesslichkeit auf Massenebene" jener Tragödie, die die Welt während des Zweiten Weltkrieges erlebt hat. ...

<https://sptnkne.ws/E9kE>

Armin Siebert: Studie: Querdenker wählen Grüne und Linke und in Zukunft AfD

Forscher von der Universität Basel haben erstmals die Sozialstruktur und das Wahlverhalten der Anhänger der Querdenken-Bewegung analysiert. Die Ergebnisse sind verblüffend. ...

<https://sptnkne.ws/E9rG>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Minsk wirft Nato Gewaltvorbereitung gegen Weißrussland vor**

Ruslan Kossygin, ein hochrangiger Vertreter des weißrussischen Generalstabs, hat in einem Interview auf die verstärkte Entwicklung der militärischen Infrastruktureinrichtungen in den Nachbarstaaten hingewiesen, die eine Stationierung von Nato-Streitkräften gewährleisten können. Dabei spielte er auf einen möglichen Kampfeinsatz gegen das Land an.

„Derzeit wurde gemäß den Nato-Standards die Modernisierung von fünf Flugplätzen in Polen abgeschlossen, und die Verbesserung von sechs weiteren Flugplätzen in Polen und den baltischen Ländern ist im Gange. Dabei beträgt die Anflugzeit der Luftfahrzeuge der Nato von diesen Flugplätzen aus zur Staatsgrenze der Republik Weißrussland bis zu 20 Minuten“, sagte Kossygin am Sonntag gegenüber dem TV-Sender STW.

Zugleich werde eine Vereinheitlichung der nationalen Rechtsvorschriften durchgeführt, die das Verfahren für den Durchgang von Truppen durch das Hoheitsgebiet der europäischen Länder, das sogenannte militärische Schengen, vereinfacht, für den Fall, dass eine Entscheidung zur Bildung von Truppengruppierungen, auch auf dem Hoheitsgebiet der Nachbarstaaten von Weißrussland, getroffen werden könnte.

„Vor diesem Hintergrund ist das Wachstum der Verteidigungsausgaben der Nachbarländer, die in den letzten Jahren um fast 30-40 Prozent gestiegen sind, besonders besorgniserregend. Es stellt sich erneut die logische Frage: Für was und für wen sind diese Vorbereitungen? Gegen wen richten sie sich? Leider gibt es noch keine klaren Antworten auf diese Fragen“, so Kossygin weiter.

All dies zeuge davon, dass die angegebene Aktivität des Westens auf dem Territorium der osteuropäischen Staaten, darunter Polens und der baltischen Staaten, darauf abzielen würde, die Anwendung von Gewalt vorzubereiten, hieß es.

Der Vertreter des Generalstabs versicherte, dass das weißrussische Militär verstehe, was im ganzen Land passiere, es analysiere und „alle laufenden Prozesse“ überwache, und es sei „eine angemessene Reaktion von weißrussischer Seite im Gange“.

„Unsere Reaktion ist für alle klar und verständlich: Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Staates sowie Versuche, aus einer Position der Stärke heraus mit uns zu sprechen, sind natürlich vergeblich“, resümierte er.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/06/328476542_0:346:2000:1428_1000x080_0_1_5556e4cb89bb70ab575d3ad47f68e880.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Ursache für „akustische Attacke“ gegen US-Diplomaten auf Kuba und China entdeckt?**

Im jüngsten Bericht der Akademie für Wissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Medizin (NASEM) ist eine wahrscheinlichste Ursache für seltsame Symptome genannt worden, über die sich Mitarbeiter der amerikanischen Botschaften auf Kuba und China in den letzten Jahren beschwerten.

Die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen auf Kuba und China beschwerten sich demnach 2016 bzw. 2017 über Symptome wie hohen Blutdruck, Schwindel, Hör-, Sehprobleme sowie Probleme mit ihren kognitiven Funktionen.

Um die Ursachen aufzuklären, wandte sich das US-Außenministerium an die Akademie für Wissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Medizin, die eine spezielle Kommission für eine Ermittlung bildete.

Als mögliche Ursachen betrachteten die Forscher chemische Einwirkung, Infektionskrankheiten (beispielsweise das Zika-Virus) sowie psychologische Probleme der Mitarbeiter.

„Die Bewertung von Krankheiten der US-Beamten aus den ausländischen Botschaften und deren Familien spricht dafür, dass die gerichtete, gepulste Radiofrequenzenergie“ eine plausible Erklärung dieser Fälle sei.

Darüber hinaus kamen die Forscher zum Schluss, dass vestibuläre und neurologische Störungen diesen Effekt hätten verstärken können. Außerdem hätten in Einzelfällen auch andere Faktoren, beispielsweise chronische Krankheiten der Mitarbeiter, diese seltsamen Symptome verursachen können.

„Das Komitee fand diese Fälle ziemlich besorgniserregend, zum Teil wegen möglicher Rolle von gezielter, Impulsradiofrequenzenergie als Mechanismus, sowie wegen starker Leiden und Schwäche, die einige dieser Personen hatten“, so einer der Autoren des Berichts, David Relman.

Frühere Berichte

Amerikanische Botschaftsbeamte und ihre Familienmitglieder in Havanna hatten Ende 2016 begonnen, über ihren schlechten Gesundheitszustand zu berichten.

Im August 2017 hatte das US-Außenministerium mitgeteilt, dass Mitarbeiter der US-Botschaft in Havanna einer „akustischen Attacke“ ausgesetzt gewesen seien. Die kubanischen Behörden hatten jegliche Beteiligung an den genannten Zwischenfällen entschieden zurückgewiesen.

Anfang 2017 wurden bei US-Diplomaten im chinesischen Guangzhou ähnliche Symptome diagnostiziert wie bei den Diplomaten auf Kuba.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32575/15/325751550_0:319:3045:1966_1000x0_80_0_1_257b7bc745b525f7ea0f9bbbaa44d3fb.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Dezember 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig wurden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weitere Detonationen von Sprengeinrichtungen registriert:
um 15:00 Uhr im Gebiet von Kondraschewskaja Nowaja.

de.sputniknews.com: **Milderer Sanktionsdruck unter Biden? Iran bereitet erhöhte Ölproduktion vor**

Der Iran bereitet sich auf die Steigerung seiner Ölförderung vor. Wie die Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf die Webseite des iranischen Präsidenten Hassan Rohani am Montag berichtet, hofft Teheran darauf, dass die USA den Sanktionsdruck gegen das Land unter der Präsidentschaft von Joe Biden abschwächen werden.

Darüber hinaus wird der Iran in den kommenden drei Monaten Ressourcen und Ausrüstung in der Ölindustrie für die Produktion und den Export von Erdöl vorbereiten. Laut Rohani konnte das Land nach dem Iran-Abkommen mit den USA und der EU 2015 seinen Ölabsatz ins Ausland auf zwei Millionen Barrel pro Tag zu steigern. „Wir sind bereit, die Ölförderung schnell zu steigern“, sagte er. ...

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 6. Dezember 3:00 Uhr bis 7. Dezember 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Um 10:45 Uhr wurde im Gebiet von Peski die Durchführung technischer Arbeiten registriert. In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.sputniknews.com: **Pompeo der „Zombie“: Venezuelas Außenminister reagiert auf Wahlbetrug-Vorwürfe**

Der venezolanische Außenminister Jorge Arreaza hat seinen amerikanischen Amtskollegen Mike Pompeo einen „Zombie“ genannt, nachdem der US-Außenminister die Parlamentswahlen in Venezuela am Sonntag als „Wahlbetrug“ bezeichnet hat.

„Ein Zombie hat gesprochen! Obwohl laut seinem Chef (US-Präsident Donald Trump) bei den US-Wahlen ein Betrug stattgefunden hat. US-Außenminister Pompeo, schlucken Sie die Wahrheit ruhig und resigniert: In Venezuela ist Ihr Versagen absolut offensichtlich. Wir hoffen, dass die Diplomatie bald wieder in das Außenministerium und das Weiße Haus zurückkehrt“, schrieb der venezolanische Außenminister auf Twitter.

Über 100 politische Parteien und Verbände nahmen an den Parlamentswahlen am Sonntag in Venezuela teil. Pompeo hatte jedoch die Legitimität der Wahlen in Frage gestellt.

„Venezuelas Wahlbetrug ist bereits begangen worden. Die vom illegitimen Maduro-Regime verkündeten Ergebnisse werden nicht den Willen des venezolanischen Volkes widerspiegeln. Was heute passiert, ist ein Betrug und eine Täuschung, keine Wahl“, twitterte Pompeo.

Neues Parlament in Venezuela

Knapp 21 Millionen Venezolaner haben am Sonntag die neue Nationalversammlung für eine fünfjährige Legislaturperiode gewählt. Die ersten Wahlergebnisse sollen am Montagmorgen (MEZ) bekanntgegeben werden.

Bedeutende Teile der Opposition boykottierten die Wahlen mit der Begründung, es sei mit Betrug zu rechnen. Wie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Vorfeld erklärt hatte, seien die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen nicht gegeben.

Venezuela steckt in einer tiefen Krise. Guaidó hatte sich Anfang 2019 selbst zum Interimspräsidenten erklärt und war von zahlreichen Ländern - darunter Deutschland und die USA - als legitimer Staatsoberhaupt anerkannt worden. Allerdings gelang es ihm bislang nicht, sich gegen Maduro durchzusetzen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32741/70/327417072_0:0:2897:1569_1000x0_80_0_1_61cf47de3304b9e90297a983a093c6fc.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 7. Dezember um 9:00 Uhr 1843 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1607 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 151 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Internationales Forum „Made in Russia“ startet am Mittwoch in Moskau**

Das Forum „Made in Russia“ ist eine internationale Veranstaltung, wo Exporteure, Experten, Beamte und Entwicklungsinstitutionen aktuelle Fragen der Exportindustrie diskutieren und praktische Lösungen zur Steigerung des Angebots an russischen Waren und Dienstleistungen im Ausland entwickeln.

Am 9. Dezember 2020 wird das Forum in einem neuen Format abgehalten: Einige Diskussionsteilnehmer werden sich am Standort in Moskau versammeln, andere werden per Videokonferenz teilnehmen.

Das Hauptthema des Forums im Jahr 2020 lautet: „Wie wird die Wirtschaft des dritten Jahrzehnts aussehen und welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich für die russischen Exporte?“

Die Runden Tische befassen sich mit den Fragen der Anpassung des Exportunterstützungssystems, Strategien für den Eintritt in ausländische Märkte über elektronische Handelsplattformen, der Entwicklung eines vollwertigen „Exports von Eindrücken“, den besten regionalen Praktiken zur Unterstützung von Exporteuren und der Digitalisierung von Dienstleistungen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/07/328477253_0:452:2813:1973_1000x080_0_1_394e766e26b1eacc2cd5f41b47849e9b.jpg

мэднр.рус: Am 6. Dezember wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Laboratorium gewartet und desinfiziert wurde.

Am 7. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 11.572 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4818 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 5619 als gesund entlassen, es gibt 1080 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 52 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 28 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 29 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1586 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 506 mit Sauerstoffunterstützung (+12 in den letzten 24 Stunden).

deu.belta.by: **Lukaschenko über Wirtschaftsergebnisse 2020: Eine der schwierigsten Perioden der letzten Jahrzehnte**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute eine Besprechung mit Regierungsmitgliedern und hohen Staatsbeamten durchgeführt, um die Wirtschaftsergebnisse des Jahres 2020 auszuwerten und die Prognosedokumente für 2021 zu erörtern.

Die Regierung und die Nationalbank haben dem Staatschef ein Prognosepaket vorgelegt. Um die verschiedenen Meinungen und Ansätze zu vergleichen und aufeinander abzustimmen, hat der Staatschef hohe Amtsträger zur Sitzung eingeladen – Regierungsmitglieder, hohe Staatspersonen, Vizepremiers, Gouverneure.

„Wir wollen heute die Jahresergebnisse 2020 auswerten und über die Prognose für das nächste Jahr sprechen. Die Pläne für die nächsten 5 Jahre werden wir heute nur stichprobenweise ansprechen. Im Detail werden wir den 5-Jahresplan in der Allbelarussischen Volksversammlung diskutieren“, sagte Lukaschenko.

„Die Industrie liegt in diesem Jahr unter dem Vorjahresniveau, die Investitionen sind gesunken, die Exporte gingen um 15 Prozent zurück“, stellte Alexander Lukaschenko fest.

„Aber man muss diese Entwicklung in einem breiteren Kontext betrachten und sich dessen bewusst werden, mit welchen Herausforderungen wir uns konfrontiert sehen und welche Entwicklungen wir vermeiden konnten. Das ist wichtig, wenn wir Prognosen für morgen aufstellen wollen. Die heutige Regierung hat eine der schwierigsten Perioden der letzten Jahrzehnte meistern müssen. Manchmal hat sich die Situation nicht von Monat zu Monat oder von Woche zu Woche, sondern von heute auf morgen verändert“, sagte er.

Trotz alledem habe Belarus eines der Schlüsselziele erreicht: das Land habe ein stabiles Finanzsystem im Bankwesen und auf dem Währungsmarkt beibehalten. „Wir haben alle Schulden termingerecht beglichen, auch wenn wir harte Einschnitte im Haushalt machen und

viel Geld für die Bekämpfung der Coronavirus-Infektion ausgeben mussten. Wir haben Unmögliches getan“, betonte der Staatschef.

Wie der Premierminister Roman Golowtschenko während der Besprechung erklärte, hat sich die belarussische Wirtschaft in diesem Jahr unter äußerst schwierigen Bedingungen entwickelt. Sie war von mehreren Schocks betroffen: Pandemien, geschrumpfte Ölimporte und Kaliexporte, schwache Weltkonjunktur, Nachfragekrise, Probleme auf dem einheimischen Finanzmarkt, Bedrohungen im Zusammenhang mit Geldabwertung auf dem Devisenmarkt, mit Wechselkurs und Bankressourcen.

„Infolgedessen hat das BIP bereits im ersten Quartal einen Rückgang um 0,2% verzeichnet. Im zweiten Quartal beschleunigte sich der Rückgang auf 3,1% des BIP. Internationale Organisationen sagten unserem Land einen weiteren rapiden Rückgang voraus. Im August verdüsterten sich die Prognosen: Der instabile Finanzmarkt war für die Experten ein Anlass genug, dem Land einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verheißen“, sagte der Premierminister.

Die Regierung geht bis Jahresende von BIP in Höhe von 99,1% bis 99,2% im Vergleich zum Vorjahr aus. „Selbst mit diesem Ergebnis wird Belarus seine führende Position beim Wirtschaftswachstum nicht nur unter seinen Nachbarn, sondern in ganz Europa beibehalten“, sagte Roman Golowtschenko.

Landwirtschaft, Bauwesen, Kommunikation und Information sowie der Finanzsektor haben positive Zahlen erreicht. Die Industrie wird sich dem Vorjahresniveau (99,2%) annähern, während die Lagerbestände im Vergleich zum 1. Juni dieses Jahres um rund Br800 Millionen abnehmen werden.

„Der Durchschnittslohn wird im Dezember mehr als Br1,34 Tausend betragen - ein Anstieg von etwa 7% in realen Zahlen. Wir haben die Aufgabe, in Zeiten der Corona-Pandemie die Arbeitskollektive maximal zu erhalten. Die Teilzeitbeschäftigung ist gegenüber Mai um das 4,4-fache zurückgegangen, die Ausfallzeiten gingen um das 2,3-fache zurück. Das ist immer noch mehr als im Vorjahr“, sagte der Premierminister.

Die Regierung schätzt den Verbraucherpreisindex in Höhe von 6,9% ein. Roman Golowtschenko erklärte, der Hauptgrund für die Überschreitung des Zielparameters (5%) ist die Rubelabwertung und deren Übertragung auf die Warenkosten. Belarus habe im Außenhandel einen Überschuss erzielt, seit Mai seien die Exporte jeden Monat gestiegen. Der Jahresüberschuss dürfte sich auf fast 1 Milliarde Dollar belaufen.

„Unter den Bedingungen der Pandemie ist es uns gelungen, die stabile Arbeit der Unternehmen zu sichern, Bildungs- und Gesundheitssysteme nicht aus den Fugen geraten zu lassen, die sozialen Verpflichtungen des Staates in vollem Umfang zu erfüllen (und in mancher Hinsicht sogar zu übertreffen), Haushaltsverwerfungen und finanzielle Krise zu verhindern“, schloss der Regierungschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1607330985_54415_big.jpg

nachmittags:

deu.balta.by: **Lukaschenko über Aufgaben für 2021: Erzieltes Niveau aufrechterhalten und positive Dynamik sichern**

Die Aufrechterhaltung des erzielten Entwicklungsniveaus und die Sicherung der positiven Dynamik gehört zu den wichtigsten Aufgaben für 2021. Das erklärte der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, heute in der Besprechung zu Wirtschaftsergebnissen 2020 und Prognosedokumenten für 2021, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

Der Staatschef bemerkte, dass die Regierung in den vorbereiteten Prognosedokumenten vorschlägt, die soziale Stabilität und die Aufgaben, die sie gewährleisten, nämlich Einkommenswachstum, Eindämmung der Preise für sozial wichtige Güter, Wohnungsbau und Kontrolle der Arbeitslosenquote, in den Mittelpunkt zu stellen. „Das ist normal, der Ansatz ist richtig“, kommentierte der Präsident.

Gleichzeitig wies Alexander Lukaschenko darauf hin, dass die Aufgabe, den Preisanstieg einzudämmen, nicht nur Lebensmittel betreffen sollte. „Wer hat gesagt, dass Kühlschrank und Waschmaschine keine wichtigen Produkte für die Bevölkerung sind? Sie sind auch wichtig. Deshalb müssen wir ein für alle Mal einen Mechanismus zur Eindämmung der Preise in allen Bereichen und Parametern entwickeln. Ansonsten stellt sich heraus, dass wir die Landwirte zurückhalten (es geht vor allem um Nahrung und Kleidung), und alle anderen sind frei. Aber es wirkt sich immer noch irgendwie auf die Preisgestaltung der Landwirtschaft, der Lebensmittel, aus. Wir haben viel darüber gesprochen, und wir haben bereits die Praxis entwickelt, die Preisgestaltung zu kontrollieren und die Inflation einzudämmen“, so er. An diesem Prozess sind auch Gewerkschaften, Abgeordnete lokaler Räte und Parlamentarier beteiligt.

„Mit Rücksicht auf externe und interne Ereignisse wäre es voreilig, zu harte Pläne für das nächste Jahr zu schmieden. Andererseits ist die Senkung des bereits erreichten Niveaus weder sozial, noch wirtschaftlich, noch politisch akzeptabel. Gleichzeitig möchte ich die Regierung, die Gouverneure und alle anderen warnen, die die Beschlüsse zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung umsetzen werden. Sie können nicht auf die Tatsache hinweisen, dass wir eine Pandemie haben und die gesamte Wirtschaft in der Welt zum Stillstand gekommen ist und wir niemanden haben, mit dem wir arbeiten und Handel treiben können. Vergessen Sie es. Ja, es ist ein unangenehmer Hintergrund. Aber wir müssen Ziele setzen und erreichen. Ich verlange nur eines: Im nächsten Jahr soll es eine positive Dynamik in alle Richtungen geben. Gleichzeitig muss jeder Schritt notwendigerweise zwei Anforderungen erfüllen: wirtschaftliche Effizienz und sorgfältige, aufmerksame Beachtung der Bedürfnisse der Menschen“, stellte das Staatsoberhaupt fest.

Der Präsident fragte danach, ob das Land über die notwendigen Ressourcen verfügt, um die soziale Gewichtung in den Prognosedokumenten zu gewährleisten. „Wie ‚lebendig‘ sind die Investitionsprojekte, die für das kommende Jahr geplant sind, und hängen sie mit der Entwicklung von Territorien und Städten mit mehr als 80 Tausend Einwohnern zusammen?“ fragte der Staatschef.

Das Staatsoberhaupt stellte fest, dass er über den Prozess der Haushaltsaufstellung etwas besorgt ist. „Es wird vorgeschlagen, ihn schon das zweite Jahr in Folge mit einem Defizit zu planen. Einerseits gibt es bestimmte Restbestände des Haushaltsüberschusses der vergangenen Jahre. Andererseits wird es nicht möglich sein, lange von Reserven zu leben. Was wird geplant, um in dieser Frage für Ordnung zu sorgen?“ so Alexander Lukaschenko. Als eine der wichtigen Fragen der Besprechung bezeichnete der Präsident auch die

mittelfristige Planung: Welche Ergebnisse hat das Land und womit geht es in die neue Fünfjahresperiode? Alexander Lukaschenko zeigte sich zuversichtlich, dass es im Vorfeld der Allbelarussischen Volksversammlung notwendig ist, nicht nur die Errungenschaften offen zu benennen, sondern auch Lücken zu analysieren. „Ich meine, dass wir Probleme früher als in der fernen Zukunft lösen können“, betonte der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1607334631_54417_big.jpg

de.sputniknews.com: „Politische Aggression und illegaler Widerstand“ gegen Nord Stream 2

Im Ringen um die Fertigstellung der Ostseepipeline Nord Stream 2 hat das russische Außenministerium den USA illegales und aggressives Verhalten vorgeworfen. Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa reagierte damit auf US-Forderungen an die Bundesregierung, den Weiterbau des fast fertigen Milliardenprojekts zu verhindern. Der Aufruf der geschäftsführenden US-Botschafterin in Berlin, Robin Quinville, sei eine „politische Aggression und illegaler Widerstand“ gegen die Gasleitung, schrieb Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa bei Facebook.

Wegen US-Sanktionen war der Bau von Nord Stream 2 vor einem Jahr gestoppt worden. Es drohen nun weitere US-Sanktionen. Die Bundesregierung unterstützt den Bau der Leitung.

„Das anhaltende böartige Verhalten Russlands“

Seit Jahrzehnten versuchten die USA, russische Leitungen ungeachtet gültiger Verträge zu verhindern, kritisierte Sacharowa. Sie forderte Washington auf, sich an die internationalen Regeln zu halten. Die Diplomatin Quinville hatte dem „Handelsblatt“ am Wochenende gesagt: „Jetzt ist der Zeitpunkt für Deutschland und die EU, ein Moratorium für den Bau der Pipeline zu verhängen.“

Dies würde ein deutliches Zeichen setzen, dass Europa „das anhaltende böartige Verhalten Russlands nicht länger hinnimmt“. Die Pipeline sei nicht nur ein wirtschaftliches Projekt, sondern das politische Werkzeug des Kremls, um die Ukraine zu umgehen und Europa zu spalten.

Wird weitergebaut?

Nach dem Abzug westlicher Speialschiffe wegen der US-Sanktionen will Russland die Leitung selbst fertig bauen, wie Kremlchef Wladimir Putin betont hatte. Russland setzt dafür eigene Schiffe ein, die laut Radaren am Sonntag nahe der deutsch-dänischen Seegrenze zu sehen waren. Demnach handelte es sich um das Verlegeschiff „Akademik Tscherski“ sowie die Schiffe „Iwan Sidorenko“ und „Finwal“.

Dort sind Arbeiten für ein 2,6 Kilometer langes Teilstück der Pipeline geplant. Die Nord

Stream 2 AG hat dafür seit langem eine Genehmigung vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH). Die Erlaubnis ist aber nur noch bis Ende des Jahres gültig. Ob die Verlegearbeiten am Wochenende wieder angelaufen sind, blieb zunächst unklar. Das Unternehmen selbst wollte sich am Sonntag nicht dazu äußern.

Die etwa 9,5 Milliarden Euro teure Pipeline ist zu 94 Prozent fertig. Durch die zwei jeweils rund 1200 Kilometer langen Leitungen von Nord Stream 2 sollen künftig jedes Jahr 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Russland nach Deutschland gepumpt werden. Die USA sind gegen das Projekt und begründen dies mit zu großer Abhängigkeit ihrer europäischen Partner von russischem Gas. Kritiker werfen den USA dagegen vor, nur ihr Flüssiggas in Europa besser verkaufen zu wollen.

Deutsche Wirtschaft kritisiert US-Sanktionsgesetz

Der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft Oliver Hermes hat sich am Wochenende zum geplanten erweiterten US-Sanktionsgesetz PEESCA, das im Rahmen des US-Verteidigungsbudgets in Kürze verabschiedet werden könnte, geäußert:

„Wir sehen keine völkerrechtliche Grundlage für ein amerikanisches Sanktionsgesetz, das in dieser Weise die Souveränität der EU verletzt und europäische Unternehmen zur Zielscheibe macht. Rein europäische Projekte wie Nord Stream 2 sind nicht von US-Stellen zu regulieren, sondern ausschließlich von den beteiligten europäischen Ländern und der EU. Umso mehr lehnen wir die jetzt beabsichtigte Ausweitung möglicher Sanktionsziele beispielsweise auf Zertifizierungsunternehmen und Dienstleister ab. Positiv ist, dass es eine deutlich gewachsene Bereitschaft in den USA gibt, die Argumente der Europäer zu hören.“

Die Bedeutung von Nord Stream 2 für die europäische Energieversorgung der Zukunft hat in den vergangenen Monaten weiter zugenommen. Die Pipeline ist nach den weltweit modernsten Umwelt- und Sicherheitsstandards gebaut worden und öffnet uns damit nach dem Brückenenergieträger Erdgas auch eine gute Perspektive ins Wasserstoffzeitalter. Aufgrund der verwendeten Materialien könnte Nord Stream 2 im Gegensatz zu älteren Pipelines bereits in den kommenden Jahrzehnten zu 70 Prozent mit Wasserstoff befüllt werden – dem Energieträger der Zukunft.“



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/06/327650727_0:0:2876:1557_1000x0_80_0_1_40eeccada2a1fcc37c0b38992c103ed6.jpg

de.sputniknews.com: **Ausland zeigt Interesse an Russlands neuem Luftabwehrsystem S-500**

Einige Staaten, darunter diejenigen, die mit den russischen Fla-Raketenkomplexen S-400 bereits ausgerüstet sind, sind laut dem Chef des Staatskonzerns Rostec, Sergej Tschemesow, am Kauf des neuesten Modells S-500 „Prometheus“ interessiert.

S-400 sind bereits in China und der Türkei im Einsatz. Ein Liefervertrag ist auch mit Indien unterzeichnet.

„Es gibt Interesse, ich werde aber nicht konkretisieren, wer das ist. Darunter sind auch diejenigen, die bei uns S-400 gekauft hatten“, sagte Tschesow am Montag. Wie der russische Vizeverteidigungsminister Alexej Kriworutschko zuvor mitgeteilt hatte, sollen die russischen Streitkräfte die ersten S-500-Anlagen im Jahr 2021 erhalten. Die Serienlieferung soll erst 2025 beginnen.

Das Luftabwehrsystem S-500 „Prometheus“ gehört zu der neuen Generation der Boden-Luft-Flugabwehrraketensysteme. Es kann ballistische Raketen, Marschflugkörper und andere Objekte in den oberen Schichten der Atmosphäre, das heißt Hunderte Kilometer über der Erdoberfläche, abfangen. Das neue System kann acht bis zehn ballistische Hyperschallziele gleichzeitig orten und treffen. In Bezug auf seine Eigenschaften übertrifft S-500 deutlich seinen Vorgänger S-400 und den US-Konkurrenten Patriot Advanced Capability-3.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32624/88/326248823_0:258:3076:1922_1000x0_80_0_1_6907ece330a91c8b8114e529b048b908.jpg

de.sputniknews.com: **Merkel und Putin besprechen während Telefonat den Fall Nawalny**
In einem Telefongespräch am heutigen Montag haben die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin eine Reihe von aktuellen Themen besprochen.

Wie ein Vertreter des Bundeskabinetts gegenüber RIA Novosti preisgab, wurde auch der Fall des russischen oppositionellen Bloggers Alexej Nawalny während des Telefonats erwähnt. „Bundeskanzlerin Merkel hatte heute ein Telefongespräch mit Präsident Putin. Die Bundeskanzlerin und der Präsident sprachen über Bergkarabach, die Ukraine (und das 'Normandie-Format') und den Fall Nawalny“, hieß es.

Der Vertreter des Kabinetts gab keine weiteren Details des Gesprächs bekannt. ...

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 07.12.2020

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine einmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.

In Richtung Donezk haben unsere Videobeobachtungssysteme einen Fall festgehalten, in dem Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen im Gebiet von Peski durchgeführt haben.

Wir bitten die Beobachter der OSZE-Mission eine Inspektion der Positionen der 56. Brigade im Gebiet von Peski vorzunehmen. Der letzte Fall der Verletzung des Waffenstillstands wurde von der OSZE-Mission in ihrem Bericht vom 21. November 2020 festgestellt, in dem auf das Vorhandensein zusätzlicher ausgerüsteter Schützengräben von einer Gesamtlänge von 360 Metern in diesem Gebiet hingewiesen wird.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Beobachter der Vertretung der DVR im GZKK die **Durchführung technischer Arbeiten auf den Positionen des 503. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Schumy** festgestellt.

Wir erinnern daran, dass solche Aktivitäten von Seiten des Gegners den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzen.

Die Fälle von Verstößen wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Disziplinarmaßnahmen gegen die Kämpfer der 56. und 35. Brigade und deren Kommandeure zu ergreifen und den Koordinator der OSZE in der Kontaktgruppe zu informieren.

In den letzten 24 Stunden hat unsere Aufklärung drei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU**, die die Kämpfer auch in Verletzung des dritten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Einhaltung des Waffenstillstands **stationiert** haben. So haben ukrainische Kämpfer im Verantwortungsbereich der 72. Brigade am westlichen Rand von Awdejewka in einem Wirtschaftsgebäude einen Abwehrraketekomplex „Osa“ getarnt und außerdem in einem Wohngebiet von Otscheretino einen Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug im Gebiet von Opytnoje stationiert.

Es wurden Einzelheiten der Arbeit der Korrespondenten des ukrainischen Fernsehsenders „5. Kanal“ im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 72. Brigade der BFU im Gebiet von Werchnetorezkoje **zur Erstellung einer Reportage über die Feier des „Tags der ukrainischen Streitkräfte“** bekannt.

Es wurde festgestellt, dass eine Gruppe von Mitarbeitern der militärischen Gegenaufklärung des SBU in das Bataillon geschickt wurde, um eine Ermittlung zu oppositionellen Einstellungen zur gegenwärtigen Regierung der Ukraine unter den Soldaten durchzuführen. Grundlage dafür war eine Videoaufzeichnung des Fernsehsenders „5. Kanal“ mit einem Interview des Soldaten der BFU Semuka, der den Journalisten ohne Zwang sein negatives Verhältnis zur Führung und zum gegenwärtigen Präsidenten der Ukraine darlegte.

Der Kommandeur der 35. Marineinfanteriebrigade Palas, der fürchtete, dass die ihm unterstellten Soldaten außer Kontrolle geraten, erteilte den Kommandeuren der Einheiten am Tag der Gründung der ukrainischen Streitkräfte die Anweisung, ihre Wachsamkeit zu verstärken und die Zahl der Patrouillengruppen des militärischen Rechtsordnungsdienstes zu vergrößern. Außerdem wurde am Tag der ukrainischen Streitkräfte unter den Kämpfern des 18. Bataillons der 35. Brigade aktiv ein Gerücht über eine mögliche Feuereröffnung von Seiten der Einheiten der Volksmiliz verbreitet.

Aber trotz der getroffenen Maßnahmen haben unsere Beobachter am Abend das Starten von Raketen bemerkt, und es waren Klänge von Musik auf den Positionen des 501. Bataillons im Gebiet von Nowgorodskoje zu hören.

Nach Angaben operativer Quellen wurde bekannt, dass bei der Kontrolle der Anwesenheit des Personals zwei Soldaten des 501. Bataillons, die Matrosen Kosmin und Matusenko, eigenmächtig den Dienstort verlassen hatten. Derzeit betreibt eine Gruppe unter Leitung des Bataillonskommandeurs Sucharewskij die Suche nach ihnen.

Vertreter des SBU und des Nationalen Antikorruptionsbüros setzen die **Ermittlungsmaßnahmen im Rahmen eines Strafverfahren gegen eine kriminelle Gruppe, die vom Assistenten des Leiters der Vertreter der Ukraine im GZKK Oberst Ischtschenko geschaffen worden war**, fort.

Am 2. Dezember wurde Oberst Ischtschenko mit dem Verdacht auf Annahme von Bestechungsgeldern für die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung durch Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade am 28. November festgenommen.

Inzwischen wurde bekannt, dass Mitarbeiter des SBU in den Einheiten des operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die Journale über die Führung von Kampfhandlungen und die Ausführung

von Feueraufgaben der letzten sechs Monate konfisziert haben, um zusätzliche Beweise für die Umsetzung des Korruptionsschemas von Ischtschenko zu erhalten.

Die aufsehenerregenden Fälle der Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer durch das GZKK der Ukraine haben einen großangelegten Charakter angenommen, was ein wesentlicher Faktor bei der Untergrabung des Vertrauens zu den Vertretern der militärisch-politischen Führung der Ukraine im Vorfeld des Jahrestags des Pariser Gipfels ist.

deu.belta.by: **Iwan Ejsmont über Hilfsfonds: Revolutionen ziehen immer einen Schwarm von Schurken an**

Die Revolutionen ziehen immer einen großen Schwarm von Schurken an. Das sagte der Vorsitzende der Belarussischen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft Iwan Ejsmont im „Club der Redakteure“ beim TV-Staatssender Belarus 1.

Die Redakteure staatlicher Medienkonzerne kamen auf die sogenannten Hilfsfonds zu sprechen – Organisationen, die zu Massenprotesten in Belarus aufriefen und den Betroffenen finanzielle Unterstützung versprachen. So wollte der Belarussische Solidaritätsfonds BySOL aus Spenden der Bürger große Geldsummen an Streikende und Studenten verteilen, hat aber dieses Versprechen nicht eingehalten. In einem Interview hat der BySOL-Chef Andrej Strishak die Vorwürfe zurückgewiesen: „Ich verstehe, dass die Situation oft sehr dramatisch ist. Man sitzt auf gepackten Koffern und hat nichts zu essen, aber man muss immer irgendwelche Ersatzlösungen für sich parat haben. Wollen wir aus Belarussen keine Menschen machen, die nur von einer solchen Unterstützung materiell abhängig und nicht imstande sind, ihre eigenen Probleme zu lösen.“

„Das haben wir alles bereits erlebt: Jede Revolution bringt neben Romantikern auch noch einen Schwarm von Betrügern hervor“, kommentierte Ejsmont.

Chefredakteur des Verlagshauses „Belarus segodnja“ Dmitri Shuk hält den Leiter des Hilfsfonds BySOL für einen Schwindler: „Er hat seine finanziellen Probleme in diesem politischen Krieg erfolgreich gelöst. Er hat sich ist ein zynischer Abzocker entpuppt.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1607340454_54422_big.jpg

de.sputniknews.com: **Unbefugtes Filmen: Festgenommene russische Journalisten sollen die Türkei nun verlassen**

Ein Gericht in Istanbul hat die festgenommenen Mitarbeiter des russischen Senders NTV entlassen. Wie ein mit der Situation vertrauter Sprecher mitteilte, sollen die beiden Männer aus der Türkei deportiert werden.

„Sie werden aus der Türkei abgeschoben“, sagte der Sprecher. Der Sender NTV bestätigte

diese Angaben.

Der NTV-Autor Alexej Petruschko und der Kameramann Iwan Malischkin wurden in einem Istanbuler Vorort am 3. Dezember festgenommen. Sie hatten angeblich laut türkischen Behörden keine Akkreditierung und sollen ein Video an einem Ort aufgenommen haben, wo die Kampfdrohnen "Baykar Savunma" hergestellt werden.

Laut einem türkischen Sprecher hätten sie wegen Spionage angeklagt werden können. Am heutigen Montag wurden sie ins Gericht gebracht.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0c/07/328477903_0:0:1000:541_1000x541_800_0_0_101abd925499344a9b886dd56a2bf301.jpg

de.sputniknews.com: **Bergkarabach: Heiße Phase des Konflikts kommt zu Ende – Russlands Außenminister**

Der Konflikt in Bergkarabach kommt laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow aus der heißen Phase. Die trilateralen Vereinbarungen zwischen Russland, Armenien und Aserbaidschan haben den Krieg gestoppt. Dies teilte Lawrow vor Beginn der Verhandlungen mit seinem armenischen Amtskollegen Ara Ayvazyan mit.

Moskau sei froh, dass Ayvazyan seinen ersten Auslandsaufenthalt als Außenminister in Russland mache, fügte Lawrow hinzu.

„Wir kommen gerade erst aus der heißen Phase des Konflikts um Bergkarabach heraus. Ich möchte die Bedeutung, die heute bereits alle anerkannt haben müssen, jener gemeinsamen Erklärung hervorheben, die vom armenischen Ministerpräsidenten, dem Präsidenten Aserbaidschans und dem Präsidenten der Russischen Föderation am 9. November unterzeichnet wurde, und die den Krieg gestoppt und die Vereinbarungen sichergestellt hat“, sagte Lawrow.

Zu den Vereinbarungen gehören Lawrow zufolge die Möglichkeit für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, in ihre Heimat zurückzukehren, die Wirtschaft wiederherzustellen, humanitäre Probleme zu lösen und alle Kommunikationswege freizugeben – sowohl in wirtschaftlicher als auch in verkehrstechnischer Hinsicht, erklärte Lawrow.

Südkaucasus – Region der Stabilität

Der Südkaucasus verwandelt sich laut dem russischen Außenminister von einer Region der Widersprüche in eine Region der Stabilität. Russland werde dabei sein Möglichstes tun, um dies zu fördern.

„Wir haben vereinbart, die gesamte Kommunikation – wirtschaftliche und verkehrstechnische – freizugeben. Auf diese Weise können wir im Interesse aller dort lebenden Völker wirklich Bedingungen für die Umwandlung des Südkaucasus von einer Region der Widersprüche in eine Region der Stabilität und des Wohlstands schaffen. Wir werden unser Bestes tun, um Fortschritte in dieser Richtung zu fördern“, sagte er.

Bergkarabach-Vereinbarung

In der Nacht zum 10. November hatten Russlands Präsident Wladimir Putin, sein

aserbaidschanischer Amtskollege Ilcham Alijew und der armenische Premierminister Nikol Paschinjan eine Waffenstillstandsvereinbarung für Bergkarabach erzielt. Die Vereinbarung sieht den vollständigen Waffenstillstand in Bergkarabach seit dem 10. November vor. Aserbaidschan und Armenien bleiben dabei in den von ihnen besetzten Stellungen. Das Dokument schließt außerdem den Austausch von Kriegsgefangenen mit ein. Armenien soll drei Kreise an Baku zurückgeben. Darüber hinaus sollen entlang der Berührungslinie in Bergkarabach und des Korridors Latschin 1960 russische Friedenssoldaten, 90 Schützenpanzerwagen sowie 380 Militärfahrzeuge und Spezialtechnik stationiert werden.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328440785_0:0:3038:1644_1000x0_80_0_1_3f8a28c6a3deec41dbd49839613fed2d.jpg

deu.belta.by: **Dmitri Shuk: Europa verhält sich gegenüber Belarus schamlos und unverhüllt aggressiv**

Europa verhält sich heute gegenüber Belarus explizit schamlos und unverhüllt aggressiv. Diese Meinung äußerte Chefredakteur des Verlagshauses „Belarus segodnja“ Dmitri Shuk am 5. Dezember im „Club der Redakteure“ beim TV-Staatssender Belarus 1.

„Es findet eine Rückkehr zur Logik der Kolonialmächte statt. Europa braucht neue Kolonien für ihre Ressourcen“, betonte Shuk.

Manche Äußerungen und Statements europäischer Politiker rufen nur Schrecken hervor. „Die EU-Politiker besitzen weder Kreativität noch Phantasie. Sie handeln schamlos und unverblümt aggressiv. Auch wenn nur im Medienraum“, sagte Chefredakteur.

Die heutige Situation in Europa erinnert sehr an die Geschehnisse vor dem Zweiten Weltkrieg, sagte der stellvertretende Generaldirektor des TV-Staatssenders STV Kyrill Kasakow. „Die Staaten suchen heute nach Verbündeten. Es entstehen neue Bündnisse. Niemand würde heute im Alleingang überleben. Belarus sieht in Russland einen der stärksten Verbündeten. Die Vorstellung, dass der Republik Belarus nicht nur die eigene, sondern auch die russische Armee den Rücken stärkt, wirkt ernüchternd“, sagte STV-Vizechef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1607342659_54424_big.jpg

de.sputniknews.com: **Telefonat Putin – Merkel: Situation in Bergkarabach im Mittelpunkt**

Der russische Präsident Wladimir Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel haben sich in einem Telefongespräch bereiterklärt, weiter im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe zusammenzuarbeiten. Dies teilte der Pressedienst des Kremls am Montag mit.

„Es fand ein Telefongespräch zwischen dem Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, statt (...) Es wurde beiderseitige Bereitschaft zu einer weiteren Zusammenarbeit im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe bekundet“, heißt es in der Mitteilung.

„Die Situation um Bergkarabach wurde eingehend besprochen. Wladimir Putin informierte über die Vermittlungsbemühungen, die darauf abzielten, die Kriegshandlungen zu stoppen, sowie über die Tätigkeit der russischen Friedenstruppen, die auf Bitten von Baku und Eriwan entlang der Berührungslinie und des Latschin-Korridors stationiert wurden“, heißt es. Außerdem wurde hervorgehoben, dass die konsequente Umsetzung der Vereinbarungen, die in der Erklärung der Präsidenten von Aserbaidschan und Russland und des Premiers von Armenien vom 9. November verankert sind, für die allgemeine Stabilisierung der Situation in der Region förderlich sei.

„Der Schwerpunkt wurde auf die Lösung aktueller Probleme der Bevölkerung gelegt, die von den Kampfhandlungen betroffen war. In diesem Zusammenhang wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, spezielle internationale Strukturen zu der Arbeit heranzuziehen, mit der sich das von Russland gebildete Zentrum für humanitäres Reagieren befasst“, heißt es in der Mitteilung.

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der BFU bemerkt.

Die ukrainischen Solaaten gefährden weiter das Leben der Zivilbevölkerung indem sie **Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern** stationieren.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen wurden in einem Wohngebiet von Nishneje ein Schützenpanzerwagen und ein Abwehrgeschütze aus dem Bestand der 14. Brigade stationiert.

Kämpfer des 1. Bataillons der 80. Brigade haben in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen ihre **Positionen im Gebiet von Kondraschewskaja-Nowaja ausgerüstet**, dabei detonierte einer RGD-5 Granate, die zuvor als Mine installiert worden war, dadurch erlitt ein Soldat Splitterverletzungen.

Außerdem verminen die ukrainischen Streitkräfte weiter das Territorium.

Soldaten der 92. Brigade haben fünf Antipersonenminen PMN-2 in einem Waldstück am südöstlichen Rand von Popasnaja installiert....

Bei der Arbeit von Freiwilligen des IKRK in Nowoluganskoje haben sich Einwohner der Ortschaft an Vertreter der Mission mit der Bitte gewandt, ihnen zusätzliches Brennholz und Kohle zuzuteilen, weil der Brennstoff regelmäßig von Kämpfern des 2. Bataillons der 59. Brigade konfisziert wird. Es ist anzumerken, dass die Soldaten in besetzten Häusern wohnen, diese bei der Rotation anderen Einheiten übergeben, die kommunalen Dienstleistungen nicht bezahlen und die Häuser mit Heizstoffvorräten der Zivilbevölkerung heizen. Mehrfache Anzeigen an die örtliche Verwaltung und den SBU hatten keinen Erfolg. Nach Gesprächen mit den Besitzern kamen die Rechtsschützer zu den Einwohnern der Ortschaft und verteidigten die Kämpfer, weshalb sich die Soldaten völlig straflos fühlten, was die soziale Spannung noch weiter verstärkte.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Bürger, die auf dem von den ukrainischen Truppen besetzten Territorium leben, darauf, dass sie sich im Fall der Verletzung ihrer Rechte an die höheren Kontrollinstanzen wenden und die Gesetzesbrecher öffentlichen entlarven.

Die Rechtsschutzorgane der LVR sind auch bereit, alle notwendige juristische Unterstützung für die zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien zu leisten. ...

de.sputniknews.com: WHO und WTO reformieren? EU will künftig gemeinsam mit USA vorgehen

Die Europäische Union will zusammen mit der neuen US-Regierung an der Reformierung und Stärkung der internationalen Organisationen, darunter der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Welthandelsorganisation (WTO), arbeiten.

Dies geht aus den veröffentlichten Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union nach dem Treffen der EU-Außenminister am Montag hervor.

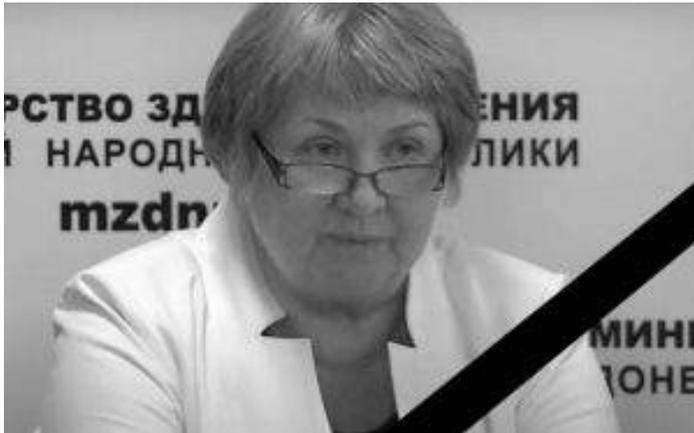
„Es ist die Zeit gekommen, die gemeinsamen Anstrengungen der EU und der USA zur Stärkung und Reformierung von internationalen Organisationen wie der WHO und WTO wieder aufzunehmen“, heißt es im Dokument.

Am Montag findet in Brüssel die Sitzung des Rates der Europäischen Union statt. Dabei beraten die EU-Außenminister über die künftigen Beziehungen zu den USA nach den Präsidentschaftswahlen, über das Vorgehen der Türkei im östlichen Mittelmeerraum, über das neue EU-Sanktionsregime für Menschenrechtsverletzungen sowie andere Fragen.

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat einen Erlass unterzeichnet, dass der Anästhesieärztin der Donezker klinischen territorialen Vereinigung der DVR Natalija Smirnowa postum die Auszeichnung „Heldin der Arbeit“ zuerkannt wird.

Die hohe Auszeichnung wurde für besondere Verdienste bei der Arbeit und herausragende Errungenschaften der Ärztin für das Volk, einen gewichtigen persönlichen Beitrag zur Entwicklung der Medizin sowie für Professionalität und Menschlichkeit bei der Leistung von Hilfe für COVID-19-Kranke vergeben.

Natalija Smirnowa war leitende außerordentliche Spezialistin für Anästhesie, Kandidatin der medizinischen Wissenschaft, Dozentin des Lehrstuhls für Anästhesiologie, Intensivtherapie und Notfallmedizin der Donezker medizinischen Gorkij-Nationaluniversität, Leiterin der Abteilung für Anästhesiologie der Donezker klinischen territorialen Vereinigung. Sie ist Autorin von 418 wissenschaftlichen Arbeiten und sechs Patenten für Erfindungen zu aktuellen Fragen der Anästhesiologie und Intensivtherapie. Sie starb am 1. November.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/12/dan-news.info-2020-12-07_11-34-08_501436-smirnova-0-300x188.jpg

de.sputniknews.com: **Atomabkommen mit Iran: EU setzt auf Zusammenarbeit mit USA**

Die Europäische Union (EU) hofft auf die Zusammenarbeit mit der neuen US-Regierung, um unter anderem auch das Atomabkommen mit dem Iran, den sogenannten Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA), beibehalten zu können. Dies geht aus einem am Montag auf der Webseite des EU-Rats veröffentlichten Dokument hervor.

„Wir müssen zusammenarbeiten, um den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan, der in der Resolution 2231 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gebilligt wird, aufrechtzuerhalten“, hieß es im Papier, das im Anschluss an das Treffen der EU-Außenminister publik gemacht wurde.

Die Vereinbarung mit Teheran sei eine wichtige Säule in der globalen Nichtverbreitungsarchitektur, so die Botschaft. Es sei wichtig, den mit diesem Abkommen erzielten Erfolg voranzutreiben und künftige Herausforderungen anzugehen.

Zu den erklärten Zielen der Kooperation mit den USA würden auch die Stärkung und Reform der internationalen Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Welthandelsorganisation (WTO) gehören, hieß es weiter. Auch die globale Architektur der Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle solle gemeinsam gestärkt werden.

Die EU-Außenminister haben am Montag in Brüssel unter anderem die künftigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die Aktionen der Türkei im östlichen Mittelmeerraum, das neue EU-Sanktionsregime für Menschenrechtsverletzungen erörtert. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31675/49/316754942_36:0:4963:2666_1000x541_80_0_0_4c49bc7906b6910bde674e57e68aeeb7.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Russische Journalisten in der Türkei freigelassen**

Die NTV-Journalisten sind in der Türkei unter Berücksichtigung der Kooperation mit der russischen Seite in dieser Situation freigelassen worden. Dies geht aus einer Erklärung des Kommunikationsdepartments der Administration des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan hervor.

„Zwei Russen, die am Donnerstag während der Dreharbeiten ohne Erlaubnis in der Zone eines militärischen Objekts festgenommen wurden, wurden freigelassen. Wir berücksichtigen die Zusammenarbeit mit den russischen Partnern, die sie in den letzten Tagen gezeigt haben, und erinnern ausländische Journalisten an die Notwendigkeit, die Gesetze und Akkreditierungsregeln bei der Arbeit in der Türkei einzuhalten“, heißt es in der Erklärung. ...

deu.balta.by: **Begabte Jugendliche werden mit Br116 Tsd. aus dem Sonderfonds des Präsidenten gefördert**

Der Staatschef Alexander Lukaschenko hat die Verordnung unterzeichnet, die den Beschluss über Förderung der begabten Jugendlichen aus dem Sonderfonds des Präsidenten bekräftigt. Das gab der Pressedienst des belarussischen Staatschefs bekannt.

Gemäß Dokument werden über Br116 Tsd. für die Unterstützung von 206 Vertretern der begabten Jugendlichen und 19 Künstlergruppen bereitgestellt. Die Sieger der internationalen und nationalen schöpferischen Wettbewerbe und Festspiele wurden mit den Preisen gewürdigt.

Diese Verordnung des Präsidenten zeugt von der Aufmerksamkeit des Staates auf die Bedingungen für die Suche, Entwicklung und Studium der begabten Jugendlichen, Förderung ihrer Kreativität und des Berufswachstums.